

Sitzungsauszug

aus der 9. Sitzung
des Planungsausschusses
am Donnerstag, 08.12.2022



7. **2. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen
Flächennutzungsplans 2010 für die Gemeinde Schöneck, Ortsteil
Kilianstädten
Gebiet A: "Gewerbegebiet Kilianstädten Nord II"
Gebiet B: "Südlicher Ortsrand"
hier: Auslegungsbeschluss (Offenlage)**

V-2022-58

Beschluss:

Der Verbandskammer wird empfohlen, der Vorlage des Regionalvorstandes, Drucksache Nr. V-2022-58, in der als Tischauslage vorgelegten Fassung, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit den Stimmen der Gruppen CDU und SPD
gegen die Stimmen der Gruppe Grün+
und Enthaltung der Unabhängigen Gruppe

Protokollvermerke:

1.
Herr Horn weist auf die ergänzte Erläuterung hin. Auf den Seiten 21, 23, 27 und 30 sind aktualisierte Daten der strategischen Umweltprüfung enthalten. Herrn Horn bittet die Vorlage mit den vorgelegten Änderungen zu beschließen.
2.
Herr Esser erklärt für die Unabhängige Gruppe, dass sie sich zu der Tischvorlage enthalten werden, da diese noch nicht besprochen werden konnte.
3.
Herr Urhahn erklärt, dass sich an der ablehnenden Haltung der Gruppe Grün+ nichts ändert. Ein wesentlicher Punkt ist u. a. nach wie vor, weshalb noch weiter in die Vorrangfläche Landwirtschaft eingegriffen wird, obwohl viel versiegelte Fläche zu Verfügung steht. Herr Urhahn regt an, mit dem Investor zu sprechen um eine zweistöckige Bebauung zu erreichen.
4.
Herr Horn gibt zu bedenken, dass die Höhe der Bebauung die Kommunalplanung betrifft, die in der Kompetenz der jeweiligen Kommune liegt.
5.
Herr Vogt weist in diesem Zusammenhang u. a. auf die Planungshierarchie hin. Durch die Bundesleitlinie, dass Flächen gespart werden sollen spielt dieses Thema nach seiner Ansicht auch bei der Regionalplanung eine Rolle.
6.
Frau Rück informiert als betroffene Bürgermeisterin über die Situation vor Ort und den Betreiber des künftigen Rechenzentrums.
7.
Herr Bär erklärt für die SPD-Gruppe, dass diese der Vorlage zustimmen wird und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Beschluss der Gremien vor Ort politisch akzeptiert werden sollte.